X. Das Leichenschaugesetz in dieser Session des Deutschen Reichstages.

Als ich in No. 10 dieser Wochenschrift die Zurücklegung des Leichenschaugesetzes besprach, habe ich sofort die Ursache derselben festgestellt. Ich konnte konstatiren, dass der Entwurf längst fertig gestellt war und dass er wesentlich an dem Widerstande des Reichskanzlers selbst scheiterte, der unzweifelhaft auf die Anregung des Ministers des Innern hin die neuen Organe der Selbstregierung in Preussen, wie er sagte nicht noch mehr belasten wollte. Die Auslassungen des Reichskanzlers im Reichstage bei Gelegenheit des Etats des kaiserlich deutschen Gesundheitsamtes bestätigten vollkommen meine Angaben. Demungeachtet habe ich es für meine Pflicht gehalten, noch einmal in einer ausführlichen Petition die baldige Vorlage des Leichenschaugesetzes zu beantragen. In der Petitionscommission wurde aber wie das vorige Mal beschlossen, in eine weitere Erörterung dieser Petition, (die übrigens die einzige diesen Gegenstand betreffende war, von Petitionen die anderwärts erwähnt werden, ist nicht die Rede gewesen) nicht einzutreten, „da nach der Erklärung des zu der Berathung zugezogenen Herrn Regierungskommissariis (kein Mitglied des Kais. D. Gesundheitsamtes, sondern Geh.-R. Weymann vom Reichskanzleramte) ein Gesetz über die obligatorische Leichenschau im Deutschen Reiche bereits vorbereitet ist, und dessen Vorlage für die nächste Session des Reichstages bevorsteht“. Es ist interessant, dieser Auslassung die des Herrn Geh. Rath Michaelis in der vorigen Session bei der gleichen Petition gegenüber zu stellen. Damals hiess es nämlich noch bestimmter, das Reichskanzleramt habe den Entwurf des Gesetzes fertig gestellt und sei im Begriff, denselben dem Bundesrathe vorzulegen, so dass, wenn nicht unvorhergesehene Hindernisse eintreten sollten, die Einbringung des Gesetzentwurfes beim Reichstage in dessen nächster Session in Aussicht steht. Unzweifelhaft war diese Erklärung unumwundener als die jetzige und wir wollen nur wünschen, dass die letztere sich nicht in der nächsten Session als ebenso hinfällig erweist wie jene.

Es sind mir nun allerdings aus der Commission noch andere Mittheilungen zugegangen, denen zu Folge, eine Umarbeitung des Gesetzentwurfes stattgefunden hat, den das Reichskanzleramt mit Zuziehung von Mitgliedern des kaiserlich deutschen Gesundheitsamtes s. Z. festgestellt hatte. Dieser umgearbeitete Entwurf soll „voraussichtlich“ in der nächsten Session dem Reichstage vorgelegt werden. Man hat dem zufolge die Leichenschau nur für die Städte obligatorisch gemacht, für das Land aber fakultativ, nämlich nur für die Fälle, wo ärztliche Hilfe vorangegangen ist und man hofft dadurch die angeblichen Schwierigkeiten beseitigt zu haben, auf die der Reichskanzler bei seinem Widerstande sich stützte. Dass diese Modifikation des Gesetzentwurfes vorgeschlagen werden würde, war mir längst bekannt und bin ich in meiner Petition ausführlich darauf eingegangen. Ich kann dieselbe indessen auch jetzt nur in hohem Grade bedauern. Das kaiserlich deutsche Gesundheitsamt hatte bei seinem Entwurf unzweifelhaft alle Schwierigkeiten erwogen und war zu dem Schlusse gekommen, dass sie nicht unüberwindlich seien. Wird der umgearbeitete Entwurf nunmehr Gesetz, so erhalten wir, wie mir mit Recht ein hervorragender Medizinalbeamter schreibt, lediglich Stückwerk, und es ist, nachdem das Bedürfniss, wenn auch ganz ungenügend hiermit erfüllt ist, gar keine Aussicht vorhanden für einen baldigen Fortschritt dieser Angelegenheit in späterer Zeit. Es kommt dazu, dass es für die Städte über 5000 Einwohner in Preussen eines Gesetzes gar nicht bedürfte. Ja in der Provinz Schleswig-Holstein sind seit Jahren durch eine einfache Regierungsverfügung ärztliche Todtenscheine in allen Städten, auch den kleinsten, obligatorisch. „Bei der allgemeinen Leichenschau würde man“, so schreibt mir derselbe Medicinalbeamte, „auf nur ärztliche Todtenscheine verzichten müssen, aber immerhin ein ganz werthvolles Material erhalten. Der Polizeiarzt, der in Schleswig-Holstein die Todtenscheine ohne ärztliche Behandlung Verstorbener ausstellt, schreibt ja auch „Schwindsucht, Schlagfluss, Krämpfe, Brechdurchfall n. s. w.“ hinein, auf die Angabe der Angehörigen, und wenn ich das auch nicht ganz gleichstellen will mit dem, was ein lediglich intelligenter Laie erfragt, so ist es auch nicht gerade viel besser. Und doch zeigt die Konstanz, die Gleichmässigkeit in der Wiederkehr von Todesursachen, dass die Fehler sich bei etwas grösseren Zahlen ausgleichen.“

Ich schliesse mich diesen Ausführungen eines unserer erfahrensten Practikers auf dem Gebiete des öffentlichen Sanitätswesens vollkommen an und bemerke nur noch, dass durch den modificirten Gesetzentwurf für Deutschland zweierlei Recht geschaffen wird, da diejenigen deutschen Einzelstaaten in denen die obligatorische Leichenschau längst allgemein eingeführt ist, (siehe in dieser Beziehung besonders die Gesetze und

Verordnungen des Grossherzogthums Baden) dieselbe unter keinen Umständen aufgeben werden. Dass diese Ungleichmässigkeiten auch in politischer Beziehung vom Uebel sind, bedarf keiner weiteren Darlegung. Für diejenigen Theile des deutschen Reiches, wo zur Zeit die Möglichkeit einer allgemeinen obligatorischen Leichenschau in der That, was ich zugeben will, nicht durchführbar sein mag — meiner Ueberzeugung nach handelt es sich nicht um sehr umfangreiche Districte — konnte man sehr wohl einen Uebergang statuiren, der alsdann die Veranlassung gewesen wäre, das Sanitätswesen daselbst nach der Richtung hin zu reformiren, dass dem Mangel an ärztlichen Kräften abgeholfen würde, etwa durch die so vielfach nothwendige Einsetzung von Distriktsärzten, die natürlich auch die Leichenschau zu überwachen hätten. Wie nothwendig es aber ist, gerade in den östlichsten ländlichen Kreisen der Monarchie diese Materie vollständig zu ordnen, ergiebt die Geschichte fast aller Epidemien, die ja meistens dieser Thore sich bedient haben, wenn sie uns überzogen.

Welche Stellung die ärztlichen und die hygienischen Vereine der neuen Wendung in Betreff des Leichenschaugesetzes gegenüber einnehmen sollen, ist schwer zu sagen. Meiner Ansicht nach müsste jedenfalls der Versuch gemacht werden, noch einmal die Nothwendigkeit und die Durchführbarkeit der allgemeinen obligatorischen Leichenschau in ganz Deutschland dem Reichstage gegenüber zu betonen. Es wird von Wichtigkeit sein, dass man nicht nur auf die Bedürfnisse der Medicinalstatistik hierbei den Hauptaccent legt, sondern, wie es die Petition des niederrheinischen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege s. Z. in so beredter Weise gethan hat, vor Allem auch die Momente darlegt, welche vom Standpunkte der allgemeinen Politik und der Rechtspflege ebenso geltend zu machen sind. Ich bin überhaupt der Ueberzeugung, dass das Sanitätswesen stetig nur dadurch gefördert werden kann, dass man andere als die ärztlichen Kreise mehr als bisher dafür interessirt.

Es bedarf wohl keiner weiteren Erörterung, dass man dem kaiserlich deutschen Gesundheitsamte nicht die Schuld beimessen darf, wenn sein eigener Gesetzentwurf schliesslich zurückgewiesen worden ist. Wie unmöglich ist es dem Reichseisenbahnamente geworden, trotz der Unterstützung des Fürsten Bismarck, seine Pläne durchzuführen und wieviel weniger konnte man das von dem kaiserlich deutschen Gesundheitsamte gegen den Widerspruch des Reichskanzlers erwarten!

P. Boerner.